Haushalt 2021 der Verbandsgemeinde Trier-Land

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Ich möchte in diesem Jahr mit dem Wirtschaftsplan der Abwasserwerke beginnen.

Mit den Investitionen in diesem Bereich schützen wir die Umwelt und die Reinhaltung unserer Gewässer. Daher sind sie unverzichtbar und leisten einen sinnvollen Beitrag zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen.

Auch in diesem Jahr werden die größten Investitionen in Trier-Land beim Abwasserwerk getätigt.
In den kommenden Jahren wird die neue Abwassergruppe Zemmer enorme Finanzmittel binden und uns sowie die Gebührenzahler finanziell vor große Herausforderungen stellen. Die gewaltigen Kosten von mehr als 13 Millionen Euro bekommt man natürlich nicht umsonst. Daher wird eine Gebührenerhöhung in absehbarer Zukunft wohl unvermeidbar sein.

Behutsam wurde in den vergangenen Jahren mit dem Blick auf die Gebühren umgegangen, dabei haben wir die Wirtschaftlichkeit unserer Werke stets im Blick behalten.
Die Gebühren bleiben in diesem Jahr weitestgehend konstant mit einer kleinen Ausnahme, nämlich der Entleerung der geschlossenen Sammelgruben. Diese Erhöhung ist jedoch ausschließlich auf das Ergebnis von öffentlichen Ausschreibungen zurückzuführen.

Die Gemeinden erfahren eine kleine Entlastung im Bereich der Straßenentwässerung, die wir gerne zur Kenntnis nehmen.
Wenn nun auch noch der Bund sich an den Straßenentwässerungskosten für ihre Bundesstraßen, wie von der SPD Trier-Land seit vielen Jahren gefordert, beteiligt, wird dies zusätzlich noch einmal die Gemeinden entlasten.

Die Verbandsgemeinde Trier-Land ist abwassertechnisch gut aufgestellt. Unsere Dörfer gelten als zu 100% an das Entsorgungsnetz angeschlossen.
Die Wirtschaftsprüfer attestieren unseren Werken eine wirtschaftlich gesunde Geschäftsführung. Daher sei den beiden Geschäftsführern an dieser Stelle auch mal gedankt.

Die im Wirtschaftsplan für das Jahr 2021 vorgesehenen Maßnahmen werden von uns mitgetragen. Die SPD-Fraktion stimmt dem Wirtschaftsplan, so wie er uns vorgelegt wurde zu.

Nun zum Haushalt der Verbandsgemeinde:

Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplan ist solide, er entspricht den Erfordernissen und Notwendigkeiten bei den Aufwendungen und berücksichtigt

realistisch die Investitionen, die wir für dieses Jahr geplant sind.
Er ist im Wesentlichen geprägt von notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen in unseren Schulen und von großen Investitionen in den Brandschutz.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Bereitstellung der Finanzen für den Ankauf der Landwirtschaftskammer. Ebenfalls wirkt sich die Weiterentwicklung der Verwaltungsstruktur unserer Verwaltung und den damit verbundenen Mehrausgaben an Personalkosten auf diesen Haushalt aus.
Hierfür sind die vorgesehenen Veränderungen im Stellenplan verantwortlich. Einen ersten Vorgeschmack bekamen wir bereits mit der Verabschiedung des Nachtrags-Haushaltes 2019. Hier wurden im Stellenplan wesentlich mehr Arbeitsplätze bereitgestellt als wir es seit vielen Jahren gewohnt waren.

Die vom Bürgermeister veranlasste Umstrukturierung der Verwaltung schlägt sich jetzt im Haushalt 2021 nieder. Die Personalmehrungen führen zum größten Teil dazu, dass die Umlage um 2% Punkte erhöht wird. Die SPD-Fraktion hatte sich letztes Jahr einstimmig dafür ausgesprochen, der verwaltungsinternen Umstrukturierung zuzustimmen, da wir uns eine erhebliche Entlastung für die Ortsgemeinden im Tagesgeschäft erhoffen.

Als Ortsbürgermeister bedauere ich immer noch, dass im Rahmen dieser Umstrukturierungen unserem Wunsch nach einem „Paten oder Kümmerer“ nicht entsprochen wurde. Nun hat man sich für einen anderen Weg entschieden, es bleibt nun abzuwarten ob sich dieser Weg positiv bei der Entlastung der Ortgemeinden auswirkt.
Herr Bürgermeister, der VG-Rat hat der Verwaltungsstruktur zugestimmt, jetzt muss die Verwaltung liefern. Wir werden das sehr genau beobachten, ob die prognostizierten Verbesserungen eintreten werden.

Der Stellenplan in diesem Jahr bedarf einer besonderen Betrachtung und Korrektur. Ich komme hierauf noch extra zu sprechen.

Im zweiten Jahr hintereinander reichen die Einnahmen der Verbandsgemeinde nicht aus, um die Ausgaben zu decken.
Das bedeutet, dass wieder einmal die Umlage erhöht werden muss. Der Trend wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Die Corona-Pandemie verschärft die Situation noch mehr und lässt keine positive Prognose in die Zukunft zum jetzigen Zeitpunkt zu.

Vor diesem Hintergrund müssen sich die Verwaltung, aber auch wir Ratsmitglieder mit den vorgesehenen Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen, die mittelfristig geplant sind, intensiv beschäftigen.

Um nur mal einige aufzuzählen:

- Ankauf der Landwirtschaftskammer
- Generalsanierung bzw. Neubau des Verwaltungsgebäudes
- Neubau Feuerwehr Gerätehaus Newel mit der Zentralisierung unserer Werkstätten

- Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Besslich
- Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Möhn
- Neubeschaffung von Geräten und Feuerwehrfahrzeugen
- Sanierung der Turnhallen in Welschbillig, Ralingen und Igel
- Schulsanierung in Kordel
- Schulerweiterungen in Ralingen, Newel und Zemmer
- Sanierung der Tourist-Information in Wasserbilligerbrück
- Erneuerung der Schwimmbecken in Kordel

Also, Investitionen in zweistelligen Millionen-Beträgen.

Wir Ratsmitglieder stehen vor der fast unlösbaren Aufgabe, wie wir bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen unsere künftigen Investitionen finanzieren können, ohne die Ortsgemeinden noch stärker zu belasten, wie wir dies ohnehin schon tun. Eine Priorisierung und Überprüfung der genannten Maßnahmen ist aus unserer Sicht unausweichlich.
Um möglichst einen breiten Konsens in der Gesellschaft zu bekommen, geht mein Appell an jeden Einzelnen von uns darüber nachzudenken, ob eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Bürgermeisters und unter Beteiligung der betroffenen Interessensvertretungen hilfreich wäre, Lösungsvorschläge bzw. Empfehlungen auszuarbeiten, die von großen Teilen unserer Bürger mitgetragen werden kann.

Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplan ist solide, er entspricht den Erfordernissen und Notwendigkeiten bei den Aufwendungen und berücksichtigt realistisch die Investitionen, die wir uns vorgenommen haben.

Ich beziehe mich auf die umfangreiche Vorlage und will nicht auf einzelne Positionen eingehen, jedoch möchte ich die Gelegenheit nutzen, um auf die - aus meiner Sicht - bestehenden Unzulänglichkeiten im kommunalen Finanzausgleich hinzuweisen, die zwangsläufig dazu führen, dass die Gemeinden sich immer mehr verschulden.

Und nun zum Stellenplan.

Ich habe in meiner langjährigen kommunalpolitischen Tätigkeit noch nicht erlebt, dass über einen Stellenplan so viel gesprochen und diskutiert wurde, wie dieses Mal.

Der Stellenplan sieht im Bereich der Finanz- und Bauabteilung die Höhergruppierung von A13 (gehobener Beamtendienst) in die A14

(höherer Beamtendienst) der Fachbereichsleiter vor. Dies bedeutet der Einstieg unserer Fachbereichsleiter in den höheren Verwaltungsdienst, der bisher ausschließlich der Büroleitung vorbehalten ist.

Zu diesen Stellen beantragt die SPD-Fraktion mit Schreiben vom 08.12. 2020 die vorgesehene Einstufung abzulehnen.

Außerdem sieht der Stellenplan im Bereich der Ordnungsverwaltung – Brandschutz, die Umwandlung der „Wehrleiterstelle Ehrenamt“ in die „Wehrleiterstelle Hauptamt“ vor.

Zu dieser Stelle liegt uns ein Antrag und ein Brief an die Bürger der Verbandsgemeinde von der CDU-Fraktion vor, zu der ich im Namen der SPD- Fraktion eine gesonderte Stellungnahme vor der Abstimmung abgebe.

Herzlich danke ich allen, die an der Aufstellung der umfangreichen Vorlagen beteiligt waren. Bleiben Sie weiterhin gesund.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
Edgar Schmitt